Ä228 Willkommen bei uns: Integration von Geflüchteten

Antragsteller*in: Uwe Fröhlich (KV Potsdam)

Änderungsantrag zu 2.7.

In Zeile 25 einfügen:
Die Aufnahme von Schutzsuchenden über humanitäre Sonderkontingente erspart den Betroffenen lebensgefährliche Fluchtrouten, Ausbeutung und horrende Geldzahlungen an Schlepper. Die IS-Terrormiliz ist dabei, die religiöse Minderheit der Jesidinnen in Syrien und im Nordirak zu vernichten. Wir haben 2016 im Landtag ein Aufnahmeprogramm für verfolgte Jesidinnen mit ihren Kindern initiiert. Das muss nun zügig starten.

Aufnahmen von geflüchteten Menschen aus Seenot und aus den Notunterkünften ermöglichen

Wir unterstützen Initiativen der „Seebrücke“ die bundesweit entstehen, so auch in den Kommunen des Landes Brandenburg, wie z.B. Oranienburg, Eberswalde oder Potsdam, die „sichere Häfen“ zur Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Seenot werden wollen.
Um eine bessere Integration von geflüchteten Menschen zu ermöglichen ist es dringend erforderlich, die Aufnahme durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Ausländerbehörden im Land Brandenburg zu vereinfachen, zum Beispiel für den Aufenthalt aus humanitären Gründen und den Aufenthalt auf mindestens 1-3 Jahre festzulegen.
Das Aufenthaltsgesetz muss für geflüchtete Menschen aus Seenot und geflüchtete Menschen aus den Notunterkünften in Griechenland, der Türkei, Italien, Spanien und den Nachbarländern Syriens entsprechend angepasst werden. Hier unterstützen wir Bundesratsinitiativen, um das Bundesaufenthaltsgesetz, hier insbesondere den Artikel 23 entsprechend zu ändern.

Begründung

In den Kommunen, wurde im Sommer 2018 zum Beispiel in Potsdam, die Bereitschaft bekundet, aus Seenot gerettete, geflüchtete Menschen aufzunehmen. Potsdam folgte dem Beispiel der Oberbürgermeister*innen der Städte Köln, Düsseldorf und Dortmund. Inzwischen stellen bundesweit mehr als 46 Städte mit Initiativen der SEEBRÜCKE den Antrag "sicherer Hafen" zu werden. Das beinhaltet zum Beispiel die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Seenot und die Solidarität und Entkriminalisierung von Seenotretter*innen auf den Schiffen im Mittelmeer.